

13.09.2019 – 12:40 Uhr

Städtische Fachgremien aus Bildungs- und Sozialpolitik fordern Investitionen in die Frühe Förderung

Winterthur (ots) -

Insgesamt 25 Städte haben sich an einer Fachtagung für den Ausbau der Betreuungs- und Bildungsmaßnahmen für Kinder im Alter bis vier Jahre ausgesprochen. Alle Kinder in der Schweiz sollten nach Bedarf Zugang zu früher Förderung haben, um sprachlich, sozial und motorisch gut auf den Kindergarten vorbereitet zu sein, so ihre Botschaft. Hierfür braucht es eine stärkere Koordination der Kantone und ein grösseres Engagement des Bundes.

In verschiedenen Forschungsprogrammen und Studien wird darauf hingewiesen, dass die Betreuung für Kinder bis zum Alter von vier Jahren in der Schweiz lückenhaft ist. Krippenplätze sind für die Eltern verhältnismässig teuer und nicht in allen Regionen verfügbar. Der grosse Handlungsbedarf in der familienergänzenden Kinderbetreuung und in der Frühen Förderung ist zuletzt in einem Bericht der Schweizerischen UNESCO-Kommission dargestellt worden. Die Sozial- und Bildungsvorsteher/innen zahlreicher Städte haben die Situation in der Frühen Förderung heute Freitag, 13. September, an einer Tagung der Städteinitiative Bildung und der Städteinitiative Sozialpolitik diskutiert. Die Städte haben in den letzten 15 Jahren umfangreiche Erfahrungen im Aufbau von Frühförderangeboten gesammelt und können den dringenden Handlungsbedarf deshalb präzise benennen. In vielen Kantonen sind die Städte und Gemeinden hauptsächlich für den Bereich der Frühen Förderung zuständig.

Frühförderung darf kein geografischer Zufall sein

«Der Nutzen von Frühförderangeboten ist unbestritten», erklärte Nicolas Galladé, Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik und Sozialvorsteher Winterthurs. «Flächendeckende Umsetzungsstandards konnten in der Schweiz aber noch keine etabliert werden, deshalb gibt es grosse Unterschiede beim Angebot». Es dürfe kein geografischer Zufall sein, unter welchen Bedingungen ein Kind im Kindergarten oder später in der Schule starte, ergänzte Jürg Altwegg, Präsident der Städteinitiative Bildung und Bildungsvorsteher der Stadt Winterthur. Gerade bei den Sprachkenntnissen sei es notwendig, alle Kinder bis zum Schulstart auf ein gutes Verständigungsniveau zu bringen.

Damit die Frühförderung und die Frühe Bildung in der Schweiz weiter systematisiert werden kann, braucht es eine verstärkte Koordination der Kantone; diese sollten sich auf verbindliche Minimalstandards verständigen. An der Tagung wurde eine Resolution verabschiedet, welche die kantonalen Konferenzen zur Ausarbeitung dieser Standards auffordert.

Bereits heute zahlen grössere Städte jährlich jeweils zweistellige Millionenbeträge im Bereich der Frühen Förderung. Der notwendige weitere Ausbau benötigt eine finanzielle Beteiligung weiterer Träger, so etwa des Bundes, der Kantone und der Wirtschaft.

Die Resolution kann hier eingesehen werden: <https://staedteinitiative.ch/de/Info/Aktuell>

Die Städteinitiative Sozialpolitik vertritt die sozialpolitischen Interessen von rund 60 Schweizer Städten aus allen Regionen. Sie setzt sich für ein kohärentes System der sozialen Sicherung und eine gute Zusammenarbeit von Städten, Bund und Kantonen ein. Die Städteinitiative Sozialpolitik ist eine Sektion des Schweizerischen Städteverbandes.

In der Städteinitiative Bildung haben sich 25 Städte zusammengeschlossen, um den fachlichen Austausch zu Bildungsthemen zu pflegen. Die Arbeitsgruppe verfolgt als Sektion des Städteverbandes unter anderem das Ziel, die spezifischen Bedingungen für die Schule in urbanen Zentren zu identifizieren und anzugehen

Kontakt:

Katharina Rüegg, Geschäftsführerin der Städteinitiative
Sozialpolitik, Tel. 079 212 83 78, info@staedteinitiative.ch
Heute Freitag, 13.9.2019 von 15h20 bis 16h00 Auskünfte durch die
Stadträte Jürg Altwegg und Nicolas Galladé, Winterthur.